

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 119. Ratssitzung vom 4. April 2012**

### **2555. 2011/500**

#### **Postulat von Patrick Blöchlinger (SD) und Christoph Spiess (SD) vom 21.12.2011: Finanzielle Entlastung der Eltern, die ihre Kinder nicht ausserfamiliär in subven- tionierten Tagesstätten betreuen lassen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Patrick Blöchlinger (SD)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 2143/2011): Statt darüber zu diskutieren, wie noch mehr Kinderbetreuungsstätten eingerichtet werden können, sollten wir uns überlegen, wann und wo die erste Fremdbetreuungsanlage geschlossen und endlich wieder zum normalen, seit vielen Jahrhunderten praktizierten Familienalltag zurückgekehrt werden könnte. Uns ist durchaus bewusst, dass gewisse Familien darauf angewiesen sind, dass beide Elternteile arbeiten. Für diese Familien sollte die Möglichkeit einer Fremdbetreuung bestehen. Leider benutzen heutzutage vor allem Eltern die Angebote der Betreuungsindustrie, die nicht zwingend darauf angewiesen sind. Es sind dies Eltern, die sich lieber selber verwirklichen, statt sich um das Wohl ihrer Kinder zu kümmern. Es gibt immer weniger Eltern, die sich zugunsten ihres Nachwuchses einschränken und die Verantwortung wahrnehmen, ihr Kind im normalen Umfeld zu erziehen. Mit unserem Postulat wollen wir einen Anreiz schaffen, dass Kinder wieder von den eigenen Eltern erzogen werden können. Heute besteht eine Ungleichbehandlung zwischen selbstbetreuenden Eltern und solchen, die von Fremdbetreuung profitieren. Mit einer gewissen finanziellen Entlastung zugunsten des traditionellen Familienbildes soll diesem Umstand Rechnung getragen werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

***STR Martin Waser:** Der Entscheid zur Fremdbetreuung ist freiwillig. Wer sich dagegen entscheidet, soll nicht von der Stadt unterstützt werden. Es wäre schliesslich auch sehr schwierig, zu kontrollieren, wer seinen Aufgaben tatsächlich nachkommt und eine Subvention verdient. Das Postulat ist abzulehnen.*

Weitere Wortmeldungen:

**Marina Garzotto (SVP):** Würde dieses Postulat verwirklicht, hätten die Eltern künftig die Wahl zwischen Bargeld und Fremdbetreuung. Die SVP lehnt das Postulat vehement ab. Für mich war es damals keine Frage, meine Stelle als Primarlehrerin aufzugeben, um bei meinen Kindern sein zu können. Nie hätte ich es zugelassen, dass eine andere Frau das Denken meiner Kinder prägt. Natürlich habe ich die Herausforderung und den lebhaften Betrieb der Schule sehr vermisst. Übrigens hätte ich auch nichts dagegen gehabt, weiterhin den Zahltag zu erhalten. Ich wurde aber tausendfach entschädigt durch die Möglichkeit, ganz für meine Kinder da sein zu können. Wer dies nicht versteht, hat entweder keine Kinder oder ist ein elender Materialist. Der Staat sollte nur diejenigen Kinder betreuen, die es wirklich nötig haben: Waisenkinder und Kinder von Alleinerziehenden. Ich weiss, dass damit die Zusammensetzung in der Krippe und im Hort nicht ideal durchmischt wäre. Aber was heisst schon ideal? Die Kinder kommen nicht so hilflos auf die Welt, damit der Staat sie grosszieht. Normalerweise haben Kinder Eltern, und in deren Obhut sind sie am glücklichsten.

**Fabienne Nicole Vocat (Grüne):** Ausdrücke wie «Kinder abschieben» oder «Kinder abgeben» sind fehl am Platz, denn alle Eltern betreuen ihre Kinder selber. Schliesslich gibt es keine Krippen und Horte, die rund um die Uhr geöffnet wären. Das Postulat fordert, man solle Geld erhalten für eine staatliche Leistung, die man nicht in Anspruch nimmt. Diese Forderung ist einigermassen seltsam. Sollten die Schweizer Demokraten aber einmal einen Vorstoss einreichen, der die Auszahlung von Erziehungsgeld fordert, können wir wieder darüber diskutieren.

**Cäcilia Hänni-Etter (FDP):** Elternarbeit sollte wirklich nicht staatlich finanziert werden. Sie ist sehr wertvoll, aber unbezahlbar. Und sie wird von allen Eltern gleichermassen geleistet – unabhängig davon, ob sie ihre Kinder fremdbetreuen lassen oder nicht. Die Unterstützung der Krippen ist dazu da, die Berufstätigkeit der Eltern zu ermöglichen. Die Berufstätigkeit der Eltern ist insofern Ausdruck von Familienverantwortung, als beide Eltern die finanzielle Verantwortung tragen möchten. In der heutigen Zeit ist es wichtig, dass beide Elternteile den Fuss in der Berufswelt haben – nicht zuletzt für den Fall, dass ein Elternteil die Arbeitsstelle verliert. Ausserdem ist es kaum noch möglich, für einige Jahre völlig aus dem Berufsleben auszusteigen und später ohne Weiteres wieder einzusteigen.

**Gerhard Bosshard (EVP):** Die EVP setzt sich zwar sehr ein für ausserfamiliäre Kinderbetreuung im Vorschulalter, hat andererseits aber auch Sympathien für die innerfamiliäre Betreuung der Kinder. Die EVP unterstützt dieses Postulat, weil es dem Stadtrat ermöglicht, sich frei über einen Ausgleich Gedanken zu machen.

**Mirella Wepf (SP):** Die SP lehnt den Vorstoss aus verschiedenen Gründen ab, unter anderem aufgrund von Integrationsfragen und weil die Angelegenheit nicht auf Gemeindeebene geregelt werden sollte.

**Alan David Sangines (SP):** Im Rahmen eines Zivildiensteinsatzes durfte ich einmal sechs Monate in einer Kindertagesstätte arbeiten. Dort habe ich gesehen, wie gut es den Kindern geht: Sie sind neugierig, glücklich und zufrieden. Sie lernen voneinander und geniessen es, miteinander zu spielen. Es liegt in der Natur eines Kindes, dass es gern mit Gleichaltrigen spielt. Deshalb würde ich allen Eltern empfehlen, ihre Kinder einen oder zwei Tage pro Woche in die Krippe zu schicken.

**Christoph Spiess (SD):** Offenbar hat in der SVP-Fraktion wieder einmal der Geiz über das Traditionsbewusstsein und den Familiensinn gesiegt. Hier geht es um Rechtsgleichheit: Entweder wird Kinderbetreuung für alle subventioniert, also auch für diejenigen, die sie selber ausüben, oder aber sie wird für niemanden subventioniert. Uns stört nicht, dass Alleinerziehenden und Familien mit geringem Einkommen Betreuungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Uns stört, dass relativ gut situierte Leute ihre Kinder irgendwo parkieren, um nicht den Lebensstandard einschränken zu müssen. Das Postulat verlangt, dass solche Eltern nicht zusätzlich privilegiert werden. Der SP-Fraktion geht es offenbar darum, denjenigen, die ihre Kinder nicht fremdbetreuen lassen wollen, ihr Gesellschaftsmodell aufzuzwingen. Die SP will Kinder in ein Umfeld hineinzwingen, wo sie nicht in ihrer eigenen Kultur aufwachsen können. Kinder finden den Kontakt zu Gleichaltrigen auch ohne den Besuch einer Kindertagesstätte. Bei Kindertagesstätten geht es ohnehin nur um die Eltern und um die Beschäftigung von möglichst vielen Betreuerinnen und Betreuern. Es ist ein natürliches Bedürfnis von Kindern, möglichst viel Zeit im Familienumfeld verbringen zu können. Das Postulat will eine faire Wahlmöglichkeit eröffnen und dadurch einen Beitrag zur Gerechtigkeit leisten.

**Roger Liebi (SVP):** Die SVP sieht Kinder nicht als Profitcenter. Fremdbetreuung von Kindern ist vor allem in Skandinavien gang und gäbe. Angesichts der hohen Jugendarbeitslosigkeit und der ebenso hohen Steuersätze in skandinavischen Ländern sollten wir aber skeptisch sein.

**Irene Bernhard (GLP):** Die Unterstellung, dass Eltern, die ihre Kinder ausserhalb der Familie betreuen lassen, nur auf das Geld aus sind, geht nicht auf. Spätestens ab dem zweiten Kind lohnt sich nämlich die Arbeit des zweiten Elternteils nicht mehr.

**Michael Baumer (FDP):** Es geht nicht darum, einfach das skandinavische Modell zu kopieren, sondern darum, eine bessere Organisation zu erreichen, als wir sie heute haben. Die Jugendarbeitslosigkeit hat nichts mit der Kinderbetreuung zu tun. Sie ist in der Schweiz deshalb so tief, weil wir ein gutes duales Bildungssystem haben, das es zu verteidigen gilt.

Das Postulat wird mit 6 gegen 113 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat